



Unternehmen bereits auf die Bremse und verschonungsvoll vermeintlich schlechtere Zeiten, die kommen könnten, seiner Mitglieder.

Strafe statt Transparenz

Das Ziel ist eindeutig. „Mehr Transparenz und weniger Bürokratie“, verspricht das seit Januar 2007 geltende „Gesetz über elektronische Handels- und Genossenschaftsregister sowie das Unternehmensregister“ (EHUG). Doch wie so oft klafft zwischen Theorie und Praxis eine Lücke. Zwar ist die elektronische Veröffentlichung der Bilanzen tatsächlich einfacher. Bis zur völligen Transparenz ist es aber noch weit, denn insbesondere mittelständische Familienunternehmen lehnen die Offenlegung ihrer Kennzahlen kategorisch ab. Das ist das Ergebnis einer Untersuchung der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PriceWaterhouseCoopers (PwC). „Die Unternehmen fühlen sich ausspioniert und befürchten durch die erzwungene Transparenz Wettbewerbsnachteile“, sagt PwC-Vorstandsmitglied Norbert Winkeljohann. Jedes zwölfte der befragten 118 Unternehmen wolle daher lieber Ordnungsgelder zahlen als den Geschäftsabschluss im Bundesanzeiger zu veröffentlichen.

„Kla
schl
bekk
des
bekk
In ei
krise
Autc
Dud
sect
Autc
Verf
Fina
And
gute
der |
rech
meir

„Zu
aus
Thei
Unte

renditestark sind und einen hohen Anteil an Eigenkapital haben. Bei den Verlierern sieht Theopold, Firmer schwache Eigenkapitalquote vorweisen. Probleme mit dem Wachstum verdammt sind. Wie etwa in der Biotech-Branche investiert, weil er keine Kredite bekommt, fällt s

Impressum:
MITTELSTAND IN DEUTSCHLAND – Eine Veröffentlichung der Redaktion Sonderthemen für DIE WELT
Redaktionsleitung: Astrid Gmeinski-Walter, Klaus Ries (Stellv.); Redaktion: Jürgen Mundt, Michael Posch
Anzeigen: Michael Wittke (verantwortl.), Knut Döring, E-Mail: knut.doering@axelspringer.de